

Aßling, den 8.2.10

Offener Brief zur angekündigten Kürzung der Solarstromvergütung durch die Bundesregierung an die Vorsitzenden der Kreisverbände und Kreistagsfraktionen von CSU und FDP im Landkreis Ebersberg sowie an den Wahlkreisabgeordneten von Erding-Ebersberg.

Sehr geehrte Frau Stewens,
sehr geehrter Herr Fickenwirth ,
sehr geehrter Herr Hoyer,
sehr geehrter Herr Lehmer
sehr geehrter Herr Wagner,

bitte setzen Sie sich in ihren jeweiligen Parteien dafür ein, die vorgesehne drastische Kürzung der Solarstromvergütung durch Umweltminister Röttgen zu stoppen!

Die unter Rot-Grün eingeführte Solarstromvergütung EEG (Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien) ist eine Erfolgsgeschichte, die mittlerweile viele Nachahmer gefunden hat. Innerhalb von wenigen Jahren ist in Deutschland ein neuer, boomender Technologiezweig entstanden. Solarstrom stellt jetzt schon soviel Strom wie ein Kernkraftwerk zur Verfügung.

Die Grünen im Landkreis Ebersberg warnen vor einem jähen Einbruch in der Erfolgsgeschichte des EEG, die das Ziel einer Weiterentwicklung von Technologien zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien hat. Wir bangen um die Wettbewerbsfähigkeit und Technologieführerschaft der Deutschen Solarindustrie. 84% der befragten Deutschen sind laut der jüngsten Umfrage von Infratest Dimap der selben Meinung, stellen sie sich doch gegen die von Röttgen geplanten plötzlichen und drastischen Kürzungen. (Siehe http://www.infratest-dimap.de/typo3temp/pics/solar_2c92c49941.png vom 5.2.)

Durch die geplante Sonderkürzung der Solarstromvergütung zum 1. April würde die Vergütung innerhalb von 13 Monaten zwischen 25,5% und 55% sinken.

Im EEG sind von jeher sinkende Vergütungssätze für neu installierte PV-Anlagen festgelegt. Die Umlage ist keine Subvention, die für die Ewigkeit ausgelegt ist, sondern ein zeitlich begrenzter Anschlag. Ziel ist, die Technik zur Erneuerbaren Stromproduktion zum Massenprodukt mit wettbewerbsfähigen Strompreisen zu machen. Die Gestehungskosten eines Kilowattpeak sind bei Solarstrom von über 10.000 € nun auf unter 3.000 € gefallen. Weitere Preissenkungen sind nur möglich, wenn die Nachfrage weiter steigt. Durch die angekündigte Vergütungskürzung ist mit einem erheblichen Nachfrageeinbruch zu rechnen. Bayerische und auch Ebersberger Handwerker wird dies empfindlich treffen. Viele potentielle Betreiber sind verunsichert.

Bisher waren die Vergütungskürzungen in ihrer Höhe schon über Jahre hinweg vorab bekannt, eine langfristige Anpassung war möglich. Die überstürzte Vergütungskürzung zum 1. April wäre völlig verantwortungslos. Sie ist verfassungsrechtlich bedenklich und nimmt der Solarindustrie, dem Gewerbe und den Betreibern jegliche Planungssicherheit.

Eine angemessene Vergütungshöhe mit einer Balance zwischen hoher Nachfrage und günstigen Strompreisen ist anzustreben. Das Ziel ist, dass Strom aus erneuerbaren Energien dem Preisniveau herkömmlichen Stroms gleichgestellt ist.

50 000 Arbeitsplätze in der Solarindustrie sind gefährdet. Gerade in Zeiten, in denen so genannte konjunkturfördernde Maßnahmen in anderen Branchen ergriffen werden, ist es aus wirtschaftlicher und umweltpolitischer Sicht ein nicht gut zu machender Fehler, dem Ausbau der erneuerbaren Energien das Wasser abzugraben.

Im Koalitionsvertrag und in der Klausur in Meseberg wurde für Oktober 2010 ein Energiekonzept angekündigt. Sollten Anpassungen nicht nach einer Konzepterstellung vorgenommen werden, mit dem Ziel langfristig und vorausschauend zu agieren?

Die Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand der Grünen im Landkreis Ebersberg fordern Sie auf, sich dafür einzusetzen, die angekündigten Kürzungen der Einspeisevergütung zu stoppen. Bringen Sie den in Wahlversprechen postulierten Ausbau der erneuerbaren Energien und Ihr Handeln in Einklang und stärken Sie durch verlässliche und planbare Rahmenbedingungen das Vertrauen in die Politik.

Mit freundlichen Grüßen



Waltraud Gruber
Fraktionssprecherin im Kreistag
Bezirksrätin Oberbayern

Thomas von Sarnowski
Im Namen des Kreisvorstands Ebersberg

Konrad Eibl
Energiepolitischer Berater
der Kreistagsfraktion